



54. Ordentliche Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. in Hamburg Festversammlung am 6. Juni 2003

Ansprache des Präsidenten Peter Gruss

Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft: Chancen durch Freiräume

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
verehrte Festversammlung,

ein Jahr ist es nun her, dass ich das Amt des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft angetreten habe. Der heutige Tag ist daher eine gute Gelegenheit, zurückzublicken und eine erste Bilanz zu ziehen.

Als ich vor knapp einem Jahr mein Amt antrat, tat ich dies im Bewusstsein, meine primäre Aufgabe bestehe in der Sicherung und im Ausbau der inneren Leistungskraft und der äußeren Stärke der Max-Planck-Gesellschaft. Und diese Aufgabe lasse sich innerhalb gesicherter nationaler und internationaler Rahmenbedingungen zum Wohl aller erfüllen.

Im Verlauf des vergangenen Jahres hat sich meine Perspektive verändert, und ich will Ihnen erläutern, warum das so ist.

Politik und Gesellschaft, Finanzen und Freiräume werden im Mittelpunkt meiner heutigen Rede stehen. Wissenschaft und Grundlagenforschung aber mit ihren Ergebnissen und Erkenntnissen, sozusagen das Herz der Max-Planck-Gesellschaft, können leider nur mehr den Rahmen meiner Ausführungen bilden.

So sind die Zeichen der Zeit. - Doch das sage ich ohne Bedauern. Denn ich habe viel gelernt in den vergangenen zwölf Monaten.

Ich habe zum Beispiel gelernt, dass Politik ein schwieriges und vielschichtiges Geschäft ist. Dass Politiker sich tagtäglich Güterabwägungen stellen müssen, von denen wir Wissenschaftler uns in der Regel keinen Begriff machen. Dass sich umgekehrt Politiker oft aber auch kein Bild davon machen, wie intensiv wir Wissenschaftler uns tagtäglich mit den Folgen **unseres** Tuns auseinander setzen.

Daraus habe ich gelernt, dass der Gesprächs- und Vermittlungsbedarf auf beiden Seiten enorm ist.

Gelernt habe ich aber auch, dass Wissenschaft in Zeiten knapper Kassen leicht Verfügungsmasse wird. Dass selbst einmal getroffene Vereinbarungen hinfällig werden können, wenn fiskalische Engpässe Maßnahmen erzwingen. Dass die Politik nicht immer der verlässliche Partner ist, den gerade die Grundlagenforschung mit ihren langen Planungsperspektiven mehr als alles andere braucht.

Gelernt habe ich schließlich auch, dass unter Wissenschaftlern - diejenigen der Max-Planck-Gesellschaft eingeschlossen - das Verständnis für Politik oft ebenso schemenhaft ausgeprägt ist, wie unter Politikern das Verständnis für Wissenschaft.

Beide Gruppen sind hier und heute in großer Zahl und prominent vertreten. Lassen Sie mich daher die Gelegenheit nutzen, für ein klareres Verständnis untereinander zu werben.

Denn noch etwas habe ich ebenfalls gelernt in meinem ersten Jahr als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft: Miteinander sind wir stärker als gegeneinander, **gemeinsam** dienen wir am wirksamsten der Zukunft unseres Landes.

Gewiss würde ich meinem Amt nicht gerecht werden, wenn ich im Zeichen notwendiger Reformprozesse im deutschen Forschungssystem bei sich verschärfender internationaler Konkurrenz nicht auf förderliche Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen hinwirkte. Und wenn ich dieses Ziel nicht durch unermüdliches Bemühen um die Akzeptanz der Forschung in der Gesellschaft absicherte.

Aber ich war und bin zutiefst davon überzeugt, dass das hohe Maß an Autonomie, **an eingeräumter wissenschaftlicher Selbststeuerungsfähigkeit** die Max-Planck-Gesellschaft und mich dazu verpflichten, zunächst und zuvorderst **das eigene Haus in Ordnung zu halten**, bevor wir Ansprüche gegenüber anderen erheben.

Wo also stand die Max-Planck-Gesellschaft zu Beginn meiner Amtszeit?

Sie war, meinen Vorgängern im Amt sei Dank, gut positioniert. Grundsätzliche Bestätigungen ihrer Aufgaben**stellung** und ihrer erfolgreichen Aufgabener**füllung** erfuhr sie von der internationalen Kommission zur Systemevaluation und in deren Folge auch von ihren staatlichen Zuwendungsgebern.

Die Max-Planck-Gesellschaft war und ist Garant für erfolgreiche, international hoch kompetitive Spitzenforschung, für erkenntnisorientierte und anwendungsoffene Grundlagenforschung auf Weltniveau. Ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, ihr Beitrag zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Integration herausragender Forscherpersönlichkeiten aus dem In- und Ausland sind unbestritten.

Das alles ist Ihnen bestens bekannt. Ich will hier auch keine Eulen nach Athen tragen – oder **hier** müsste ich wohl eher sagen: **Möwen nach Hamburg**.

Ich möchte an dieser Stelle aber einmal deutlich machen, was Deutschland an der Max-Planck-Gesellschaft hat. Und dass wir stolz darauf sein dürfen. Nicht nur darauf, **wie viele hier im Saal**, als Wissenschaftler in der Max-Planck-Gesellschaft **zu forschen**. Ich meine besonders auch den Stolz, den wir alle hier teilen können: Mit der Max-Planck-Gesellschaft hat die Bundesrepublik, **und das haben nun wirklich Politik und Wissenschaft gemeinsam erreicht**, eine Wissenschaftsorganisation von Weltruf geschaffen.

Ob Sie nach Russland oder Polen reisen, nach Großbritannien oder Frankreich, nach China oder in die USA: Die Max-Planck-Gesellschaft genießt überall höchstes Ansehen. Oder wenn ich es einmal pathetisch formulieren darf: **Mit der Max-Planck-Gesellschaft spielt Deutschland in der Weltliga der Wissenschaft**.

Das spiegelt sich in vielen Punkten wider – ich will hier nur wenige nennen: 15 Max-Planck-Forscher sind mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden, darunter auch die erste deutsche Laureatin, 28 erhielten den Leibniz-Preis, die höchste Auszeichnung in Deutschland für hervorragende Wissenschaft. Ein Drittel aller deutschen Arbeiten in Science und Nature, den weltweit einflussreichsten Wissenschaftsjournalen, kommt aus der Max-Planck-Gesellschaft. 35 Max-Planck-Forscher gehören zu den 88 weltweit am meisten zitierten Wissenschaftlern aus Deutschland. Und das leisten wir mit einem Etat, der – zusammen genommen – dem zweier deutscher Universitäten entspricht.

Die Max-Planck-Gesellschaft kann auch nach wie vor erfolgreich in der weltweiten Konkurrenz um die besten Köpfe mithalten. Dem allseits beklagten „Brain drain“, dem Ab-

wandern deutscher Spitzenwissenschaftler ins Ausland, setzen wir einen „Brain gain“ entgegen: Mehr als die Hälfte unserer über 9000 Nachwuchsforscher kommen aus dem Ausland, ebenso rund ein Viertel unserer Direktoren. Bei den Neugründungen in den Neuen Bundesländern sind es sogar 43 Prozent.

Ich will hier keine andere Organisation zurückstellen – innerhalb der erwähnten Aufgabenteilung leisten **alle** ausgezeichnete Forschung. Aber Sie erlauben mir, bei dieser Gelegenheit auch einmal zum Ausdruck zu bringen, warum ich es als besondere Ehre empfinde, der Max-Planck-Gesellschaft als Präsident dienen zu können.

Lassen Sie mich im Folgenden etwas ausführlicher auf die dynamische Gründungsentwicklung nach der deutschen Wiedervereinigung zu sprechen kommen.

Der Aufbau Ost war – aus quantitativer Sicht unserer öffentlichen Zuwendungen – 1999 faktisch abgeschlossen. Für die Max-Planck-Gesellschaft dauert er aber bis heute auch und gerade in finanzieller Hinsicht noch an. Im März dieses Jahres konnten wir den Neubau des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock und erst vor zwei Wochen den des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie in Jena feierlich einweihen. Im Herbst wird das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig folgen. Insgesamt 18 neue Max-Planck-Institute, ein Teilinstitut und eine Forschungsstelle sind damit auf dem Boden der ehemaligen DDR entstanden. Sie werden mir Recht geben: eine beeindruckende Bilanz.

Nun frage ich Sie: Hätten wir dem Rat derjenigen folgen sollen, die Anfang der 90er Jahre dafür plädierten, in großer Zahl Institute der ehemaligen DDR einschließlich der vorhandenen Finanzmittel zu übernehmen, zu sanieren und fortzuentwickeln? Für das eigene Finanzmanagement der Max-Planck-Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren wäre dadurch sicherlich vieles einfacher gewesen.

Wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch aber hat sich – im Nachhinein betrachtet – der eingeschlagene Weg nicht nur für die Max-Planck-Gesellschaft als richtig erwiesen. Er war und ist für das lokale wie für das nationale Umfeld ein heute unbestrittener Erfolg.

Es ist gelungen, international hell und weit strahlende Leuchttürme der Spitzenforschung zu errichten, die der Forschungslandschaft im Osten unseres Landes bereits vielfach neue Impulse gegeben haben. Darauf können wir, so denke ich, wirklich stolz sein, und ich danke an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich allen Beteiligten in Wissenschaft, Politik und Verwaltung – nicht zuletzt meinen beiden Vorgängern im Amt, Herrn Zacher und Herrn Markl, aber auch den vielen Mitarbeitern vor Ort – für diese eindrucksvolle Aufbauleistung.

Aber der Erfolg hat auch seinen Preis. Die Max-Planck-Gesellschaft ist in nur zehn Jahren um ein Drittel gewachsen. Akzelerationsprobleme konnten hierbei nicht ausbleiben – erst recht nicht vor dem Hintergrund weiterer Belastungen, etwa in Folge des Föderalen Konsolidierungsprogramms, das zeitgleich mit dem **Aufbau Ost** einen **Abbau** der Forschungskapazitäten im **Westen** um rund zehn Prozent bedeutete.

Aufbau Ost und Konsolidierung West wurden zusätzlich überlagert durch eine in diesem Umfang in der Max-Planck-Gesellschaft bisher einmalige Emeritierungswelle. In den sechs Jahren seiner Amtszeit hatten mein Vorgänger Hubert Markl und mit ihm die Gemeinschaft der Wissenschaftler in der Max-Planck-Gesellschaft 153 Berufungen durchzuführen. Das heißt, über die Hälfte unserer rund 250 Direktoren wurde in dieser Zeit neu berufen.

Jede Berufung bedeutet eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige wissenschaftliche Ausrichtung und Arbeit des betroffenen Instituts, der Max-Planck-Gesellschaft und der Grundlagenforschung in Deutschland insgesamt – und damit auch ein Stück Zukunftssicherung.

Niemandem hier im Raum gegenüber muss ich eigens erwähnen, dass sich hinter den genannten Zahlen nicht ein **quantitatives** Problem verbirgt. Es geht vielmehr um **qualitative** Herausforderungen

- der Identifikation von Themen und Personen,
- der Priorisierung von Entwicklungspotentialen,
- der Erarbeitung von innovativen wissenschaftlichen Konzepten,
- der Rekrutierung von vielfach umworbenen, herausragenden Forscherpersönlichkeiten
- und nicht zuletzt um die gewichtige Verantwortung, die mit der langfristigen Bindung hoher Geldmittel einhergehen.

Der Erfolg der Neugründungen in den Neuen Bundesländern ist in sofern ein gelungener Nachweis des Erfolgs der wissenschaftlichen Autonomie der Max-Planck-Gesellschaft und ein Nachweis ihrer wissenschaftlichen **und** organisatorischen Leistungsfähigkeit.

Die Notwendigkeit ständiger Entscheidungen über wissenschaftliche Prioritäten und Posterioritäten, deren Überprüfung und Weiterentwicklung wurde schließlich verstärkt durch die Anforderungen, die seitens der internationalen Kommission zur Systemevaluation von MPG und DFG an die Max-Planck-Gesellschaft herangetragen wurden. In ihrem 1999 vorgelegten Abschlussbericht hatte die Kommission empfohlen, die Kooperationschancen insbesondere gegenüber den Hochschulen stärker zu nutzen und im Sinne einer strategischen Forschungsplanung neue Impulse für die Forschung zu setzen.

Diese Empfehlungen wurden von der Max-Planck-Gesellschaft in den letzten vier Jahren – im wohlverstandenen Eigeninteresse – konsequent aufgegriffen und umgesetzt. Wir haben seitdem eine Reihe neuer Instrumente entwickelt, um die Vernetzung der Institute untereinander ebenso wie mit den Hochschulen zu verstärken. Als Beispiel möchte ich hervorheben: die International Max Planck Research Schools, die Tandemprojekte und die institutsübergreifenden Forschungsinitiativen.

Der Erfolg gibt uns heute Recht: Die Kooperationsbeziehungen mit den Hochschulen haben sich in den vergangenen Jahren stark verbessert und intensiviert, und die gemeinsam mit den Hochschulen getragenen International Max Planck Research Schools gelten heute als Modell für eine international ausgerichtete Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in Zeiten wirtschaftlichen Wohlergehens und einer stabilen Verfasstheit des institutionellen und gesellschaftlichen Rahmens von Wissenschaft und Forschung steht es einer autonomen Wissenschaftsorganisation gut an, Herausforderungen zunächst als eigene Herausforderungen zu begreifen und selbst Lösungen zu entwickeln, die jeweils neu zu bestimmen und zu verantworten sind.

Die Fähigkeit, die notwendigen Dinge in eigener Verantwortung zu tun, findet ihre Grenzen jedoch in den strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen, die von anderen Akteuren, namentlich der Politik, gesetzt werden. Vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verschlechternden Haushaltslage der Öffentlichen Hände türmen sich hier nicht nur für die Max-Planck-Gesellschaft Probleme auf, die wir nicht mehr allein aus eigener Kraft bewältigen können.

Bevor ich Ihnen diese Probleme genauer schildere, bevor ich mich mit Anregungen, aber auch mit Forderungen an die Politik wende, lassen Sie mich eines deutlich sagen: Wir von der Max-Planck-Gesellschaft leben in **dieser** Welt, wir sind nicht blind für die Lage, in der sich unser Land befindet. Wir wissen, dass es gemeinsamer Anstrengungen aller bedarf, Deutschland wieder nach vorne zu bringen, und wir werden unseren Beitrag nach dem Besten unserer Möglichkeiten leisten.

Deshalb möchte ich, auch das gehört zur Ordnung im eigenen Haus, hier einen Appell an den Realitätssinn meiner Freunde, Kolleginnen und Kollegen Wissenschaftler richten, die so zahlreich im Auditorium vertreten sind: Lassen Sie uns keine unerfüllbaren Forderungen formulieren, die uns in Konflikte treiben, wo Kooperation das Gebot der Stunde ist.

Lassen Sie uns anerkennen, wenn sich Politiker in diesen schweren Zeiten stark machen für die Wissenschaft. Lassen Sie uns den Bundeskanzler beim Wort nehmen, wenn er sich

im Rahmen seiner Reformbemühungen ausdrücklich auf die Seite der großen Forschungsorganisationen stellt.

Alle Parteien betonen den Wert der Forschung und die Bedeutung des Rohstoffs Wissen, den dieses erzeugt, des wertvollsten Rohstoffs unseres Landes. Lassen Sie uns daran mitwirken, diese größtmögliche Koalition jenseits aller anderen Auseinandersetzungen zu schmieden, und die anstehenden Aufgaben partnerschaftlich bewältigen.

In meinen mehr als 25 Jahren als Wissenschaftler habe ich gelernt, dass letztlich immer noch derjenige das nötige Gehör findet, dessen Argumente und Ergebnisse nachprüfbar stimmen und dessen Performance daher alle überzeugt. Dies sollte, so denke ich, auch in der Politik gelten, selbst wenn die klärenden Prozesse dort mitunter etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Gestatten Sie mir deshalb, die politischen Vorgänge, wie sie sich mir darstellen, ebenso kritisch zu würdigen, wie die Politik unsere wissenschaftliche Arbeit unter die Lupe nehmen möge.

Zunächst möchte ich die allgemeine Befürchtung äußern, dass in dieser Phase finanzieller Schwäche und notwendiger tief greifender Umgestaltungen in nahezu allen Bereichen unseres Gemeinwesens die **inhaltliche** Kontroverse um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der öffentlich finanzierten Forschung zunehmend überlagert wird von **sachfernen**, meist ausschließlich fiskalpolitischen Überlegungen.

Angesichts der Wucht der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die „gerechte“ Art der Lasten- und Leistungsverteilung in der Arbeitsmarkt-, der Sozial- oder der Steuerpolitik sehe ich die Gefahr, dass dabei das Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung – und in der Folge auch das Interesse an ihren Bedürfnissen – als eine Marginalie in den Hintergrund der politischen Agenda rückt.

Der hohe, unverzichtbare Wert wissenschaftsbasierter Innovationen für unsere Gesellschaft, ihre Bedeutung für die Sicherung der Freiheit, des Wohlergehens und des Wohlstandes wird von niemandem bestritten:

So hat der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Douglas North Wissenschaft und neue Erkenntnisse als ersten Faktor für Wohlstand und Wachstum akzentuiert. Sir Robert May, der Präsident der britischen Royal Society hat kürzlich aufgezeigt, dass etwa 50 Prozent des Produktivitätswachstums in Industrienationen durch neu geschaffenes Wissen ermöglicht wird. Werner von Siemens, einer der bedeutendsten deutschen Forscher und Industriellen, hatte schon 1866 erkannt: „Die naturwissenschaftliche Forschung bildet immer den sicheren Boden des technischen Fortschritts, und die Industrie eines Landes wird niemals eine international leitende Stellung erwerben und sich erhalten können, wenn dasselbe nicht gleichzeitig an der Spitze des naturwissenschaftlichen Fortschritts steht.“

Wir Wissenschaftler können nur Argumente liefern, und die besten Argumente sind unsere Leistungen. In der Verantwortung der **Politik** in Bund und Ländern liegt es, diese Argumente aufzugreifen und in den anstehenden politischen Verteilungsentscheidungen die Prioritäten richtig zu setzen.

Auch wenn Wissenschaft keine mächtige Lobby hat und wir nicht publikumswirksam mit **Trillerpfeifen** durch die Straßen ziehen – **der öffentlich finanzierten Forschung muss konsequent der Stellenwert eingeräumt werden, den sie verdient.**

In der nun anstehenden Debatte geht es daher nicht nur um die Höhe der Zuwendungen in diesem oder jenem Jahr. Wissenschaft **und** Politik stehen vielmehr vor der grundsätzlichen Herausforderung, die Grundlagen der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung in Deutschland, zumindest soweit sie öffentlich finanziert sind, zu erhalten.

Das wissenschaftsbasierte Innovationssystem bedarf, soll es seinen Dienst an der Gesellschaft leisten, einer sachgerechten Ausgestaltung nicht nur seiner finanziellen **Ressourcen**, sondern auch seiner **Strukturen** und seiner **Freiräume**. Im Verlauf des vergangenen Jahres ist es an allen drei Achsen dieses tragenden Dreiecks zu Brüchen gekommen, die jeder für sich die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems bedrohen.

Lassen Sie mich zunächst auf die finanzielle Situation der Max-Planck-Gesellschaft und deren unmittelbaren und mittelbaren Folgen zu sprechen kommen.

Um es kurz zu sagen: Die finanzielle Lage ist mehr als ernst, und die Max-Planck-Gesellschaft steht in dieser Hinsicht vor einer ihrer bislang schwierigsten Bewährungsproben.

Aufgrund der aktuellen und prognostizierten Haushaltsentwicklung hat der Senat der Max-Planck-Gesellschaft daher in seiner gestrigen Sitzung ein Konsolidierungs- und Erneuerungsprogramm verabschiedet, das tief in die Forschungspotentiale unserer Einrichtungen einschneidet.

Bereits für dieses Jahr müssen, damit überhaupt der Haushaltsausgleich am Ende des Jahres gelingen kann, die Haushalte aller Institute dauerhaft um vier Prozent reduziert werden; Tarif- und Preiserhöhungen sind zusätzlich zu tragen. Doch selbst diese Maßnahme reicht nicht aus, das strukturelle Defizit, das sich in unserem Haushalt über die vergangenen Jahre kumuliert hat, und das

- durch den Aufbau Ost,
- kostspieligere Nachfolgeberufungen und
- die Umsetzung der Systemevaluation

bedingt wurde, zu beseitigen, um die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, gesichert zu finanzieren.

Zusätzlich hat der Senat daher gezielte strukturelle Einsparmaßnahmen verabschiedet, die in einem schmerzlichen Prozess innerhalb der wissenschaftlichen Gremien in den letzten Wochen intensiv mit vorbereitet und beraten wurden.

12 bestehende Abteilungen und 15 Selbstständige Nachwuchgruppen werden nach der jeweils relativ zeitnah bevorstehenden Emeritierung ihrer Leiter oder nach Auslaufen ihrer Förderung geschlossen, ein Institutsstandort wird aufgegeben. Neun zur Einrichtung vorgesehene Abteilungen werden nun nicht etabliert werden können. Die Nachbesetzung einer Reihe weiterer Abteilungen und Selbstständiger Nachwuchgruppen wird zudem auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Diese Maßnahmen spiegeln zweierlei wider: Erstens dokumentieren sie, wie es finanziell um die Max-Planck-Gesellschaft steht und wie ernst die Lage ist. Denn diese erklärt sich eben nicht alleine aus der Tatsache, dass der Bund im November vergangenen Jahres – erstmalig in der Geschichte der Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern – den im Juni 2002 einstimmig gefassten Beschluss über die Haushalte der außeruniversitären Forschungsorganisationen einseitig aufgekündigt hat.

Die Überrollung der Haushalte aller großen Wissenschaftsorganisationen - wobei es bei der DFG nach langen, harten Verhandlungen noch gelungen ist, doch einen bescheidenen Zuwachs zu erreichen – bedeutet für die Max-Planck-Gesellschaft einen **dauerhaften** Einnahmeausfall in Höhe von 28 Mio. € pro Jahr.

Diese Einnahmeausfälle überlagern sich gleichzeitig mit dem Defizit, das sich aus dem wiederholten Zurückbleiben der Zuwendungen hinter dem tatsächlichen Bedarf im Ergebnis der jährlichen Haushaltsverhandlungen seit 2000 schrittweise aufgebaut hat.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der schwierigen Finanzlage von Bund und Ländern darf für die kommenden Jahre realistischerweise nicht mit allzu optimistischen Wachstumsraten gerechnet werden. Das bestehende strukturelle Defizit muss daher durch eine konsequente Politik der rasch wirksamen und nachhaltigen Konsolidierung ausgeglichen werden.

In den Senatsbeschlüssen des gestrigen Tages spiegelt sich aber auch etwas Positives wider: Der Wille und die Fähigkeit der Max-Planck-Gesellschaft, kraft ihrer autonomen Verfasstheit schwierige Eingriffe in eigener Verantwortung und ohne Bevormundung von außen vorzunehmen – stets mit dem Ziel, den Schaden für die Wissenschaft möglichst gering zu halten.

Zu den Bewährungsproben der wissenschaftlichen Autonomie zählen nicht nur wegweisende Neugründungen oder die Berufung herausragender Forscherpersönlichkeiten, sondern eben auch die harten Entscheidungen über die Reduktion des eigenen Forschungspotentials. Vielleicht ist dies sogar der eigentliche Lackmus-Test wissenschaftlicher Selbstverwaltung.

Die beschlossenen Maßnahmen zielen darauf, das finanzielle Gleichgewicht der Max-Planck-Gesellschaft so rasch wie möglich wieder herzustellen. Sie sollen die Gesellschaft für die Zukunft handlungsfähig machen, damit sie auch weiterhin in der Lage ist, aus eigener Kraft neue wissenschaftliche Entwicklungen aufzugreifen, so wie es ihrer Aufgabe und ihrem Selbstverständnis entspricht. Wenn nun auch die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen gelingt, so denke ich, dürfen wir dies als einen Ausweis der Kraft zur Selbststeuerung und Selbsterneuerung in der Max-Planck-Gesellschaft ansehen.

Gleichwohl bedeutet dieser Konsolidierungskurs faktisch die Reduktion guten, ja exzellenten Forschungspotentials, bedeutet den Verzicht auf Chancen und Erkenntnisgewinn, heißt realiter auch Streichung von Qualifikationschancen für unsere jungen Nachwuchswissenschaftler.

Und natürlich ist es auch ein persönlicher Verlust an Zukunft für viele Wissenschaftler, verbunden mit persönlicher Enttäuschung über das Ende von Karrieren und von wissenschaftlichen Perspektiven. Die Entscheidungen sind daher keinem, der an dem Prozess beteiligt war, leicht gefallen, auch mir nicht.

Dieser Verlust von Erkenntnischancen und diese Reduktion von Qualifikationschancen schmerzen ganz besonders in einer Zeit, in der zukunftsgerichtete Forschung mehr als vieles andere Not tut.

Warum eigentlich wird es in Deutschland hingenommen, dass **investive Ausgaben** in unsere Zukunftsfähigkeit ohne großes Aufsehen zurückgestellt werden gegenüber **konsumtiven**, vor allem solchen zur Besitzstandswahrung der Gegenwart?

Warum beginnen wir das Saatgut aufzuzehren, das insbesondere die Grundlagenforschung für unsere technologische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt? Aufzuzehren, während sich unsere Konkurrenten auf den Weltmärkten, die nicht weniger als wir von Wirtschaftskrisen und Haushaltsengpässen gebeutelt sind, gerade anschicken, ihre Kornkammern an Innovationen für die Aussaat und spätere Ernte aufzufüllen?

Forschung an den Grenzen des Wissens tut Not und gehört auf die nationale Agenda 2010, und zwar an vorderste Stelle. Dorthin gehört sie auch, damit die politische Zielsetzung konkret werden kann, zu der sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst verpflichtet haben: Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa soll bis zum Jahre 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandprodukts gesteigert werden. Wir wollen unsere Regierungen an der Erfüllung ihrer selbst gesteckten Ziele messen. Ich will aber auch die Industrie, die einen großen Anteil an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung hat, an ihren Beitrag zum Erreichen dieser Ziele erinnern.

Mit Erleichterung und Freude habe ich daher die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 14. März vernommen, die Haushalte der großen Wissenschaftsorganisationen in den kommenden Jahren um drei Prozent ansteigen zu lassen. Dies ist ohne Zweifel ein positives Signal und eine Anerkennung des Stellenwertes von Wissenschaft und Forschung.

Hierfür bin ich, hierfür ist die Max-Planck-Gesellschaft dankbar, denn es gibt uns Hoffnung, dass die richtige Weichenstellung zur Zukunftssicherung unseres Landes erfolgt. Eine verlässliche Zusage über mehrere Jahre hinweg gäbe uns zudem Planungssicherheit für einen überschaubaren Zeitraum. Unter diesen Bedingungen wäre es dann zumindest nicht nötig, den Konsolidierungskurs weiter zu verschärfen, und der strukturelle Haushaltsausgleich könnte schneller erreicht werden als geplant. Am Kurs der strukturellen Konsolidierung wird die Max-Planck-Gesellschaft jedoch in jedem Fall konsequent festhalten müssen.

Ich möchte daher im Namen der Max-Planck-Gesellschaft – und ich bin mir sicher, hier für alle großen Forschungsorganisationen gleichermaßen zu sprechen – an die Bundesländer appellieren, das Angebot des Bundeskanzlers aufzugreifen und die Bundesregierung beim Wort zu nehmen.

Ich appelliere aber ebenso an den Bund, die Ankündigung des Bundeskanzlers auch umzusetzen. Bei den Verhandlungen zum Haushalt der DFG hat sich gezeigt, dass hier offenkundig noch einiges an Arbeit auf Seiten des Bundes zu leisten ist, damit den Kanzlerworten auch Taten folgen können.

Verehrte Festversammlung,

die spätere Ernte wird nicht allein durch den Verzehr des Saatgutes in Hungerzeiten gefährdet, sondern kann auch durch falschen Umgang, durch falsche Lagerung oder durch mangelnden Schutz vor Schädlingen in Mitleidenschaft gezogen werden. So kommt es für eine nachhaltige, gedeihliche Entwicklung in der Forschungsförderung nicht nur auf die konkrete Höhe jährlicher Haushaltszuweisungen an, sondern auch auf den organisatorischen Rahmen, auf das politisch-administrative Koordinatensystem, innerhalb dessen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wissenschaftsorganisationen gesetzt werden.

Unsere akute Sorge gilt dem kommenden Haushalt. Mindestens ebenso notwendig ist es jedoch, den Blick auf eine **angemessene Ausgestaltung der Finanzierungsstrukturen** zu richten, in denen Bund und Länder ihre politische Verantwortung in Bezug auf die Forschungsförderung erfüllen. Denn die auf Artikel 91 b des Grundgesetzes beruhende Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung, die den Ländern und dem Bund gemeinsame Verantwortung als Funktionsbereich des kooperativen Föderalismus auferlegt, ist zentral herausgefordert und droht in eine Krise zu geraten.

Die Ursachen und Folgen der krisenhaften Entwicklung sind vielschichtig. Den Beginn bildete in den Haushaltsverhandlungen des vergangenen Jahres die Ankündigung des Landes Berlin, aufgrund seiner Finanzschwäche die mit allen übrigen Partnern der Gemeinschaftsfinanzierung verhandelte Steigerung des Haushaltes der Max-Planck-Gesellschaft nicht mitzutragen. Dieses Ausscheren eines Landes während der Verhandlungen konnte letzten Endes durch die Überzeugungskraft der Partner zu gemeinsamem Handeln und zur gemeinsamen Verantwortung revidiert werden. Im November, nur vier Monate später, erfolgte dann aber die einseitige Aufkündigung des Beschlusses durch den Bund.

Ganz offenkundig liegt die primäre Ursache der Krise in der finanziellen Misere der öffentlichen Haushalte. Deren negative Wirkung wird verstärkt durch das Prinzip der Einstimmigkeit, das auch in weniger dramatischen Zeiten zur Orientierung am langsamsten Schiff des Geleitzugs zwingt.

Ist demnach die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern in der Forschungsförderung ein brauchbares Instrument nur für Schönwetterperioden gesunder Staatsfinanzen?

Angesichts der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Landes muss die institutionelle Struktur der öffentlichen Forschungsförderung wetterfest sein, damit auch bei stürmischer See der Geleitzug den Hafen erreicht. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben uns jedoch gezeigt, dass diese Strukturen einer gründlichen Überprüfung bedürfen.

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung steht darüber hinaus im Kontext der übergreifenden Diskussion zur Reform des Föderalismus in Deutschland. Übereinstimmendes Ziel ist es dabei, die zwischen Bund und Ländern fließenden Finanzströme zu entflechten, Verantwortlichkeiten neu und wieder klarer zuzuordnen und die Felder wie die Formen gemeinsamer Verantwortung neu zu definieren.

Für die betroffenen Wissenschaftsorganisationen besteht daher in mehrfacher Hinsicht Anlass und Notwendigkeit, die Anforderungen an eine leistungsfähige, international kompetitive, an sachgerechten Kriterien ausgerichtete institutionelle Struktur zu definie-

ren. Und dabei müssen wir uns auch der Stärken und Schwächen der bisherigen Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung vergewissern, um in der öffentlichen Debatte Stellung zu beziehen.

Aus Sicht der Max-Planck-Gesellschaft müssen vor allem drei Kriterien erfüllt sein:

Erstens muss das Finanzregime der Max-Planck-Gesellschaft dauerhaft eine ihren Aufgaben **angemessene Finanzierungsgrundlage** gewährleisten.

Aufgabe der Max-Planck-Gesellschaft ist es, komplementär und subsidiär zu den Universitäten Grundlagenforschung auf höchstem internationalem Niveau zu betreiben. Spitzenforschung aber hat ihren Preis. Der weltweite Wettbewerb um die besten Köpfe ist hart, und wenn die Max-Planck-Gesellschaft keine hinreichend kompetitiven Bedingungen bieten kann, werden wir diese Spitzenforscher verlieren bzw. gar nicht mehr erst gewinnen können. Dessen muss sich jeder Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung bewusst sein.

Zum zweiten benötigt die Max-Planck-Gesellschaft **mittelfristige Planungssicherheit**.

Grundlagenforschung, wie sie die Max-Planck-Gesellschaft betreibt, ist ihrem Charakter nach eine langfristig orientierte Suche nach neuen Horizonten der Erkenntnis. Wohin diese Suche jenseits der Grenzen des bislang bekannten Wissens führt, lässt sich nie mit Gewissheit voraussehen, und oftmals bedarf es dabei eines langen Atems.

Die Berufung eines Wissenschaftlichen Mitglieds entspricht einer Investition von – je nach Gebiet – 50 bis 200 Mio. € über einen Zeitraum von 20 und mehr Jahren. Damit sich diese Investitionen – auch gesamtwirtschaftlich – rentieren können, braucht die Max-Planck-Gesellschaft zumindest in einem mittelfristigen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren halbwegs verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen.

Das ständige Feilschen um jährlich schwankende Haushaltszuwächse oder gar das Aufkündigen bereits gefasster Beschlüsse sechs Wochen vor Beginn des neuen Haushaltsjahres sprengt die Grenzen der internen Steuerungsmöglichkeiten im Haushalt der Max-Planck-Gesellschaft – zumindest, sofern man Schaden für die wissenschaftliche Arbeit vermeiden will.

Aber es geht nicht allein nur um die finanzielle Leistungsfähigkeit. Es geht, und hier kommen wir zur **dritten** Voraussetzung, um die Ausgestaltung von Freiräumen für Wissenschaft und Forschung. Die **Eigenverantwortung der Wissenschaft** hat sich in der Vergangenheit als leistungsfähige Organisationsform der erkenntnisorientierten und anwendungsorientierten Grundlagenforschung bewährt.

Legt man diese Anforderungen zugrunde, ist die Bilanz der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung, wie sie von Bund und Ländern seit Mitte der 70er Jahre getragen wird, trotz der Erfahrungen des vergangenen Jahres keineswegs nur negativ –im Gegenteil:

Unsere Zuwendungsgeber haben über viele Jahre hinweg große Anstrengungen unternommen, um der Max-Planck-Gesellschaft auskömmliche, bedarfsgerechte Haushalte zuzuweisen. Die Leistungsfähigkeit dieses Finanzregimes in vergangenen wirtschaftlichen Schwächeperioden ist ebenso ein historisches Faktum wie die erfolgreiche Bewältigung der deutschen Wiedervereinigung in einmütiger Solidarität der elf Länder der früheren Bundesrepublik mit den fünf Neuen Bundesländern.

Hier wurden ohne Zögern eigene Landesinteressen zum Wohle der nationalen Aufgabe im größer gewordenen Ganzen zurückgestellt. Auch erzeugte der ständige Zwang, sich zu einigen, meist genügend politischen Druck auf die weniger gut motorisierten Schiffe des Geleitzugs, die Fahrt in angemessener Geschwindigkeit fortzusetzen.

Die Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung darf jedoch nicht alleine nur von finanzieller oder administrativer Warte aus betrachtet werden. Sie ist auch ein Instrument zur Wahrung und zum Ausgleich der Interessen der Beteiligten. Sie ist der politische Ort zum Vortrag, Austrag und zur autoritativen Klärung inhaltlicher Interessen im **"Do ut des"** der Forschungsförderung. Sie ist der Ort der Einhegung partikularer politischer Motive zu-

gunsten übergeordneter nationaler und sachlich-gegenstandsbezogener Interessen, in dem sich die Max-Planck-Gesellschaft – bei Betrachtung längerer historischer Zeiträume – gut aufgehoben fühlen konnte. Gut aufgehoben sowohl in finanzieller und wissenschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf ihre Interessen als Organisation der erfolgreich gelebten Selbststeuerung.

Die Erfolge der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung in der Vergangenheit sind selbstverständlich noch kein ausreichender Garant für Erfolge in der Zukunft. Auch darf es keine Denkverbote geben, Erfolgreiches entsprechend neuer Herausforderungen weiter zu optimieren.

Wissenschaft und Forschung sind jedoch für die Zukunft unseres Landes sehr hohe Güter. Deshalb sollte, bevor man ein im Grundsatz bewährtes System abschafft oder strukturell verändert, zunächst der Nachweis geführt werden, dass das Neue besser ist, d.h. der Förderung von Wissenschaft und Forschung sachdienlicher als das Bestehende.

Diese Debatte darf jedenfalls nicht alleine unter fiskalischen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten geführt werden. Ein Abgleiten des Themas zu einer bloßen Spielmasse im Verhandlungsszenario der übergeordneten Finanzstromdiskussion zwischen Bund und Ländern würde der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nicht gerecht.

Ich halte noch einmal fest: Das Modell einer gemeinsam von Bund und Ländern getragenen politischen, administrativen und finanziellen Verantwortung hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten für die Max-Planck-Gesellschaft, aber nicht nur für diese, im Grundsatz bewährt. Es ist jedoch – auch das wurde offensichtlich – Sand in das Getriebe geraten, und manche Verschleißerscheinungen machen sich bemerkbar.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre sehe ich aus Sicht der Max-Planck-Gesellschaft im bestehenden System der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung vor allem in folgenden Punkten vorrangigen Korrekturbedarf:

Erstens: Die Balance zwischen den regional definierten Interessen der Länder und den Belangen einer gesamtstaatlich agierenden, der wissenschaftlichen Exzellenz verpflichteten Forschungsorganisation, die weltweit in harter Konkurrenz steht, muss wieder besser justiert werden.

Der gegenwärtige Finanzierungsmechanismus sieht vor, dass das Sitzland unabhängig von seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungskraft mit 25% aller anfallenden Kosten belastet wird; 50% trägt der Bund, 25% die Gemeinschaft aller 16 Länder. Diese sogenannte „Interessenquote“ soll im innerdeutschen Regionalproporz diejenigen Länder stärker belasten, in denen die jeweiligen Max-Planck-Institute liegen. - Der Gedanke ist im Grundsatz sicher richtig.

Dieser Mechanismus wirkt sich für die Max-Planck-Gesellschaft jedoch als ein starkes Hindernis aus, wenn sie exzellente Institute in finanzschwachen Ländern aus gesamtstaatlichem oder einem übergreifenden wissenschaftlichen Interesse heraus fördern oder gar neue Institute dort gründen will. Selbst wenn die Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Gesamthaushalt die erforderlichen Mittel bereitstellen könnte, sind ihr mit Rücksicht auf die Belastbarkeit des einzelnen Landes allzu leicht die Hände gebunden.

Am Beispiel Berlins hat sich im vergangenen Jahr aus meiner Sicht deutlich gezeigt, dass die Interessenquote gegenwärtig zu hoch ist; finanzschwache Länder werden dadurch in zu starkem Maße belastet. Ich plädiere daher dafür, die **gesamtstaatliche Solidarität der Länder** wieder stärker zu betonen und die **Interessenquote zurückzuführen**.

Die Max-Planck-Gesellschaft wird sich ohne Zweifel auch in Zukunft an dem Ziel orientieren, zu einer gesamtstaatlich leistungsfähigen und gleichzeitig regional ausgewogenen Forschungslandschaft beizutragen. Ich bitte jedoch um Verständnis, dass es für eine Organisation wie der unseren, die sich im globalen Wettbewerb messen lassen muss, auch Grenzen für regionalpolitische Überlegungen gibt.

Der zweite Punkt, bei dem aus meiner Sicht ein dringender Handlungsbedarf besteht, betrifft die **Planungssicherheit**.

Der langfristige Horizont der Grundlagenforschung, die lange Bindungswirkung von Entscheidungen über Berufungen und Investitionen oder das Commitment in internationalen Verträgen erfordern ein hinreichendes Maß an Verlässlichkeit bei den finanziellen Rahmenbedingungen. Das jährlich wiederkehrende Ritual der Haushaltsverhandlungen mit zunehmend offenem Ausgang verträgt sich vom Grundsatz her nicht mit der Aufgabenstellung der Max-Planck-Gesellschaft.

Bei einer Überarbeitung der Regularien der Forschungsförderung ist deshalb die **Rückkehr zu mehrjährigen Finanzierungszusagen**, wie sie etwa in den 90er Jahren bestanden, für die Max-Planck-Gesellschaft von ganz besonderer Bedeutung. Die gesicherten Rahmenbedingungen der „5x5“ bzw. „4x5“-Beschlüsse haben die Max-Planck-Gesellschaft in die Lage versetzt, die Herausforderungen der Deutschen Einheit erfolgreich zu bewältigen. Wenn Zeiträume von 4 oder 5 Jahren aus heutiger Sicht als zu lange erscheinen, so sollte es doch zumindest möglich sein, Doppelhaushalte für zwei Jahre zu vereinbaren, ähnlich wie dies in einer Reihe von Bundesländern der Fall ist.

Aber auch mehrjährige Finanzierungszusagen wären ohne Wert, wenn deren Verlässlichkeit nicht gewährleistet ist. Und damit komme ich zum dritten Punkt:

Die Beschlüsse über die Haushalte der außeruniversitären Forschungsorganisationen werden von Bund und Ländern einstimmig getroffen. Angesichts dessen erscheint aus meiner Sicht die Forderung nicht unbillig, einen Mechanismus zu entwickeln, der gewährleistet, dass diese Beschlüsse dann auch **nur mit qualifizierter Mehrheit wieder aufgehoben** werden können.

Gegenwärtig haben der Bund und jedes einzelne Land im Grunde jederzeit die Möglichkeit, durch Geltendmachen des Parlamentsvorbehalts, d.h. eine einseitige Erklärung, den getroffenen Beschlüssen die Grundlage zu entziehen. Hier gab es bis zum vergangenen Jahr zwischen Bund und Ländern ein stillschweigendes Übereinkommen, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, und schon manche schwierige Situation konnte in der Vergangenheit auf einer Basis gegenseitigen Vertrauens gelöst werden. Heute benötigen wir aber, so denke ich, andere Mechanismen, um die Zuwendungsempfänger vor bösen Überraschungen in letzter Minute zu schützen.

Ein funktionierendes System der Forschungsförderung ist schließlich – bei allem gewiss notwendigen Bemühen um sinnvolle Regelungen – nicht alleine eine Frage des rechtlichen Rahmens. Es ist ebenso eine Frage des Stellenwerts, den die politischen Entscheidungsträger der Wissenschaft einräumen und der politischen Prioritäten, die sie daraus ableiten. Und es ist nicht zuletzt auch eine Frage des verantwortlichen Handelns aller Beteiligten, wie weit man bereit ist, zur Durchsetzung einzelner Interessen die Grenzen der Belastbarkeit des Gesamtsystems auszuloten.

Wissenschaft und Forschung benötigen nicht nur auskömmliche finanzielle Grundlagen und angemessene institutionelle Rahmenbedingungen. Sie benötigen vor allem Freiräume, die **Inhalte** ihrer Forschung selbst zu bestimmen, ihre Prioritäten in eigener Verantwortung zu setzen und darüber zu entscheiden, mit welchen Personen und welchen Ressourcen wissenschaftliche Ziele effektiv und effizient verfolgt werden können.

Die Eigenverantwortung der Wissenschaft, so wie sie in der Max-Planck-Gesellschaft seit 55 Jahren erfolgreich gelebte Praxis ist, hat sich für die Grundlagenforschung, d.h. das erkenntnisorientierte, aber anwendungsoffene Streben nach neuem Wissen, als adäquate Organisationsform erwiesen.

Die Max-Planck-Gesellschaft wird daher auch in Zukunft um ihrer selbst, um der Sache der Grundlagenforschung und letztlich um der gesellschaftlichen Relevanz ihres Auftrages willen kritisch darüber wachen, dass diese bislang so erfolgreiche Eigenverantwortung der Wissenschaft nicht in Frage gestellt wird.

Sie sehen, das deutsche Forschungssystem und mit ihm auch die Max-Planck-Gesellschaft haben noch viele Weggabelungen vor sich. Es wird und kann nur die gemeinsame

Aufgabe der Verantwortlichen in Politik und Wissenschaft sein, die möglichen Wege auszuleuchten und herauszufinden, welche in die Irre führen und welche in eine bessere Zukunft. Die Wege zu beschreiten aber ist die Aufgabe der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denn sie sind es, die neue Wege suchen und gehen, Wege, die oft noch niemand vor ihnen gegangen ist.

Diejenigen unter Ihnen, die mich kennen, wissen, wie gerne ich auch die wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Leistungsbilanz der Max-Planck-Gesellschaft in den Fokus meiner heutigen Rede gestellt hätte, wie gerne ich ausführlich über die erzielten wissenschaftlichen Leistungen meiner Kolleginnen und Kollegen in unseren Instituten und über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Relevanz ihrer Anstrengungen und erzielten Erfolge berichten würde.

Gern würde ich schon jetzt im Frühling, gewissermaßen ja auch im Frühling meiner Amtszeit, ein Ernte-Dank-Fest zelebrieren, auf dem es meine vornehmste Pflicht wäre, die Früchte der Aussaat meiner beiden Amtsvorgänger stolz zu zeigen und die ersten zarten Pflänzchen des eigenen Wirkens im vergangenen Jahr zu präsentieren.

Nur zu gerne würde ich die Erfolgsbilanz neuer Instrumente, wie das der insgesamt 26 International Max Planck Research Schools aufzeigen. Oder Ihnen schildern, welche großen Fortschritte wir in unseren Austauschbeziehungen mit den besten Forschungseinrichtungen der Welt in den vergangenen Monaten erzielen konnten.

Wie wir in gemeinsamen Bench-marking-Veranstaltungen möglichst viele Wissenschaftler zusammenbringen und einen selbstkritischen Stärke-Schwäche-Abgleich mit den mit uns im kooperativen Wettstreit liegenden Partnern ermöglichen.

Gern hätte ich Ihnen auch ausführlich über das wunderbare Spektrum unserer Forschungsarbeiten berichtet: vom Ursprung und von der Entwicklung des Universums, von Schwarzen Löchern oder gar von gleich zwei Schwarzen Löchern, von neuen Mechanismen der magnetischen Wechselwirkung bis hin zur Entwicklung neuer Materialien und Werkstoffe, einschließlich der Arbeit auf kleinsten Skalen, der Nanotechnologie; von Brennstoffzellen bis hin zur funktionellen Genomik; von neuen Methoden, die es erlauben, dem Gehirn bei der Arbeit zuzusehen, vom Ergebnis, dass in künstlich erzeugtem interstellarem Eis hochmolekulare Verbindungen nachgewiesen werden konnten und damit die Möglichkeit besteht, dass in grauer Vorzeit Lebenskeime über Kometen auf unsere Erde gelangt sein könnten, bis hin zu Studien über den Verlust an Biodiversität auf unserem Planeten.

Ich könnte Ihnen eindrücklich die tragende Rolle des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung bei der Vorbereitung und Auswertung der PISA-Studie darlegen; Ihnen berichten über das Max-Planck-Institut für Völkerrecht, das sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der Bekämpfung von Terrorismus und mit dem Irakkonflikt auseinandergesetzt hat; oder aber auch über die Möglichkeit mit Hilfe von sehr kleinen RNA-Molekülen biologische Funktionen zu unterdrücken – ein Befund, der nicht nur von großem Wert für die Grundlagenforschung ist, sondern auch für mögliche neue Therapien.

Und schließlich hätte ich neben der Erkenntnisorientiertheit auch noch einiges über die konkreten Anwendungen unserer Forschung zu berichten. Nicht nur, dass bei jedem Griff zu einem Kunststoffgefäß oder dem Genuss von koffeinfreiem Kaffee uns allen die Max-Planck-Gesellschaft in den Sinn kommen könnte, weil die grundlegenden Entdeckungen und Erfindungen für diese Produkte von ihren Forschern gemacht wurden.

Es gibt auch eine Menge neuer aufregender Entwicklungen, die aus den Ergebnissen unserer Wissenschaftler ableitbar sind. Dazu gehören zum Beispiel die fundamentalen Arbeiten aus der Entwicklungsbiologie, die uns die konzeptionelle Basis für regenerative Therapien lieferten. Aber auch Resultate, die ein direktes medizinisches Anwendungspotential besitzen, etwa für Rückenmarksverletzungen, oder, wie im Fall der Medikaments Herceptin, zur Behandlung von Mammakarzinomen bzw. auch von Peptiden, die das Wachstum von Herzerarterien beschleunigen.

Nun habe ich es mir doch nicht ganz verkneifen können, nach all der Politik zumindest in groben Zügen noch ein wenig über die Wissenschaft zu berichten. Denn unsere Forschung, hier wiederhole ich mich gern, ist unser bestes Argument. Sie dient dem Menschen. Sie hilft uns nicht nur, uns selbst, sondern auch unseren Platz auf der Erde, im Universum zu verstehen:

Der britische Astrophysiker Sir Eddington hat das einmal anschaulich beschrieben: „Ungefähr in mittlerer Größenordnung zwischen dem Atom und dem Stern befindet sich ein nicht weniger bewundernswertes Gebilde – der menschliche Körper. Etwa zehn hoch 27 Atome bilden diesen Körper, ungefähr zehn hoch 28 Menschenleiber würden genug Materie liefern, um einen durchschnittlichen Stern zu bilden.“

Zehn hoch 27 nach innen, zehn hoch 28 nach außen: eine erstaunliche Symmetrie! Bildet der Mensch also tatsächlich die „Mitte zwischen Nichts und All“, wie es Blaise Pascal bereits im 17. Jahrhundert angenommen hat? Aus unserer Sicht hier und heute gewiss: Die Grundlagenforschung, wie die Max-Planck-Gesellschaft sie als ihre Mission betrachtet, reicht in das Innerste der Dinge und bis zum Äußersten des Kosmos.

Meine Damen und Herren,
es sind unsere Wissenschaftler, die durch ihr Tun, durch ihre Visionen und durch ihre Genialität die Erwartungen erfüllen, die wir alle in sie setzen. Die wir zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen, denen sich eine moderne Gesellschaft ausgesetzt sieht, setzen **müssen**. Ihnen und ihrer Bestimmung muss daher all unser Tun, all unsere schöpferische, auf die Organisation bester Wissenschaft orientierte Kraft gewidmet bleiben.

Benjamin Franklin hat es einmal auf den Punkt gebracht:
“An investment in knowledge always pays the best interest”

Lassen Sie uns also alle gemeinsam in Wissen, in Erkenntnis und damit in die sichere Zukunft unseres Landes investieren.

Ich danke Ihnen!